

Anträge

Inhaltsverzeichnis

A1	Umsetzung von einfacher und leichter Sprache	2
A2	Ohne Frieden keine Zukunft	3
A3	Freie Fahrt für Azubis!	5
A4	DIE LINKE. Thüringen entwickeln	6
A5	Armut bekämpfen, Betroffenen eine Stimme geben – Landesweite Armutskonferenz entwickeln	8
A6	Hauptamtliche Regionalmitarbeiter*innen	10
A7	Mehr Straßenbahnen & E-Busse für unsere Kommunen!	11

Antrag A1: Umsetzung von einfacher und leichter Sprache

Antragsteller*in:	Mario Forchhammer, Nancy Frind (Behindertenpolitik)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 1. Der Landesverband Thüringen bekennt sich dazu, sämtliche Schriftstücke wie
- 2 Anträge, Beschlüsse, Dokumente, Flyer, Wahlprogramme, usw. sowohl analog, als auch
- 3 digital in einfacher Sprache zu formulieren.
- 4 2. Außerdem bekennt sich der Landesverband Thüringen dazu, Inklusion umzusetzen und
- 5 für Menschen mit Behinderung, Demenz und Menschen die nicht gut deutsch verstehen,
- 6 besondere Schriftstücke sowohl analog, als auch digital in leichter Sprache zur
- 7 Verfügung zu stellen.

Begründung

Der Rückgang an politischem Interesse hat mehrere Gründe. Einer dieser Gründe liegt darin, dass Parteien eine Sprache wählen, die viele Menschen nicht mehr erreicht. Auch wir Linke haben den Bezug zu vielen Menschen verloren.

Daher ist es wichtig, in der Kommunikation nach innen und außen, wieder eine leicht verständliche Sprache (auch bürgernahe Sprache genannt) zu nutzen.

Dies ist eine Grundvoraussetzung, um eine große Mehrheit der Menschen überhaupt wieder erreichen zu können.

Des Weiteren ist es wichtig, nicht nur über Inklusion zu reden, sondern diese auch aktiv zu leben. Daher müssen wir dafür sorgen, dass auch die betroffenen Menschen am politischen Leben teilhaben können. Dies funktioniert nur mit einfacher, besser mit leichter Sprache.

Weiteres folgt bei der Einbringung des Antrags.

Antrag A2: Ohne Frieden keine Zukunft

Antragsteller*in:	KPF Thüringen
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

1 Im II. Weltkrieg mussten sich die Menschen der Sowjetunion einem übermächtigen Feind,
 2 dem faschistischen Deutschland, stellen, dessen Ziel darin bestand, das Weltjudentum
 3 und den Weltbolschewismus auszurotten. Ein barbarischer und unmenschlicher
 4 Vernichtungskrieg wurde geführt, den die Rote Armee der Sowjetunion gemeinsam mit den
 5 alliierten Streitkräften am 8.Mai 1945 siegreich in Europa beenden konnte. Doch der
 6 Blutzoll, den die Völker der Sowjetunion Russen, Ukrainer, Weißrussen und viele
 7 andere zu tragen hatten, war sehr hoch. Etwa 27 Millionen nur an Toten hatten sie zu
 8 beklagen.

9 Daher einte sie und die Menschheit nur ein Ziel, eine Aufgabe – nie wieder Krieg, nie
 10 wieder Faschismus.

11 Mit dem Epochenbruch 1989/1991 des Beitritts der DDR zum Grundgesetz der
 12 Bundesrepublik und des Zerfalls der Sowjetunion haben die USA und andere
 13 kapitalistische Staaten den Kalten Krieg wiederbelebt.

14 Die Nato ist, entgegen der Versprechungen der USA und anderer Staaten, weiter nach
 15 Osten vorgerückt an die Westgrenze der Russischen Föderation und bedroht den Frieden
 16 in Europa. Mit dem Feindbild Russland lässt sich die Osterweiterung mit fast
 17 Verdopplung der Mitgliederzahl der Nato begründen. Dennoch, Russland führt derzeit
 18 einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine, der täglich Tote und menschliches
 19 Leid verursacht.

20 Diesen Krieg verurteilen wir aufs Schärfste. Mit diesem Krieg rücken die von den USA
 21 und Nato geführten Kriege im Irak, in Afghanistan und weitere Militäreinsätze, wie
 22 unter anderem der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen Jugoslawien und dessen
 23 Zerschlagung in den Hintergrund.

24 (Aus Erklärung der LV KPF Thüringen, 26.03.22)

- 25 • Wir, die Mitglieder des Landesverbandes Thüringen, setzen unsere ganze Kraft für
 26 die Stärkung der Friedenskräfte in der Bundesrepublik ein und engagieren uns
 27 gemeinsam mit der internationalen Friedensbewegung für ein Ende des Krieges in
 28 der Ukraine sowie eine Überwindung der Aufrüstungspolitik und der
 29 Militarisierung der Gesellschaft.
- 30 • Gemeinsam mit allen Kräften des Friedens entwickeln wir Initiativen dafür, dass
 31 die Bundesrepublik dem UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beitrifft und fordern
 32 die Thüringer Landesregierung dazu auf, im Bundesrat initiativ zu werden.
- 33 • Wir unterstützen den Aufruf des Bundesausschusses Friedensratschlag und lehnen
 34 die 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr ab. Wir sind gegen militärische

- 35 Aufrüstung und den Missbrauch des Grundgesetzes zur Finanzierung der Bundeswehr.
- 36 Die finanziellen Mittel sollen für Bildung, Gesundheit, Wohnen und Kultur
- 37 eingesetzt werden.

Antrag A3: Freie Fahrt für Azubis!

Antragsteller*in:	Paul Gruber (Linksjugend [solid]), Carolin Held (Erfurt), Björn Schröter, Julian Degen (Erfurt)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 DIE LINKE. Thüringen fordert die Landesregierung und den Thüringer Landtag dazu auf
- 2 das thüringenweite AZUBI-Ticket zu verstetigen und Auszubildende und Freiwilligen-
- 3 dienstleistende von den Kosten gänzlich zu befreien und die Wirtschaft/Arbeitgeber:
- 4 innen an der Finanzierung zu beteiligen.

Begründung

Deutschlandweit wagte Thüringen einen großen Wurf und führte 2018 für ein Jahr das Pilotprojekt AZUBI-Ticket ein. Schnell wurde klar: Das AZUBI-Ticket ist ein Erfolg! Mittlerweile gibt es rund 12.000 monatliche Abonnt:innen, Tendenz steigend. Das Pilotprojekt wurde also jedes Jahr vom zuständigen Ministerium um ein weiteres Jahr verlängert, so auch letztes Jahr. Die Forderung nach einer Verstetigung ist somit nur ein logischer nächster Schritt, um den Auszubildenden und Freiwilligendienstleistenden die Gewissheit zu geben, dass sie langfristig mit dem vergünstigten Ticket als Verkehrsmittel planen können. Hierdurch leistet die Landesregierung nicht nur einen Beitrag zur dringend benötigten Verkehrswende, sondern leistet zusätzlich auch einen Beitrag zur Unterstützung von Handwerk, Handel und Gewerbe bei der Gewinnung von Lehrlingen (zukünftigen Facharbeitern).

Zu Beginn des Pilotprojekts betrug die Kosten für das monatliche Ticket 50€ im Monat und stiegen mit Beginn 2022 auf 60€ an. Wir finden: Das ist zu viel, denn Bildung muss kostenlos sein! Teilweise verdienen Auszubildende weit weniger als 1000€ im Monat und dann noch 60€ für klimafreundliche Mobilität zu bezahlen ist definitiv zu viel. Doch nicht nur die urlinke Forderung nach kostenloser Bildung ist Grund für diese Forderung. Auch mit Blick auf eine ökologisch verträgliche Verkehrswende ist der ÖPNV eine wichtige Säule. Schafft das Land die Möglichkeit, ÖPNV kostenlos zu nutzen, ist das auch ein zusätzlicher Anreiz auf das Auto zu verzichten und so wäre gleichzeitig auch ein wichtiger Beitrag zur dringend notwendigen Verkehrswende geleistet.

Diese Forderung stellt die allgemeine Position der LINKEN, dass der ÖPNV generell für alle kostenlos nutzbar sein sollte nicht in Abrede. Die in diesem Antrag ausgedrückte Forderung kann nur ein erster Schritt sein.

Unterstützer*innen:

Ulrike Grosse-Röthig, Gudrun Lukin, Christian Schaft

Antrag A4: DIE LINKE. Thüringen entwickeln

Antragsteller*in:	Ulrike Grosse-Röthig (Apolda-Weimar), AG Mitglieder, Donata Vogtschmidt (Ilm-Kreis), Johannes Feutlinske, Christian Schafft, Daniel Starost (Saalfeld-Rudolstadt)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Partei DIE LINKE. Thüringen befindet sich in einem tiefgreifenden
- 2 Wandlungsprozess. Bereits seit langem führen wir innerparteilich die Debatte, wie auf
- 3 die Veränderungen in der Mitgliederstruktur und den demographischen Wandel reagiert
- 4 werden kann. Um den Transformationsprozess zu leiten, bedarf es Anstrengungen vor
- 5 allem im Bereich der Mitgliederentwicklung. Wir schlagen dem Parteitag daher zunächst
- 6 die folgenden Sofortmaßnahmen zur Beschlussfassung vor:
- 7 • die Landesgeschäftsstelle organisiert zwei landesweite Neumitgliedertreffen pro
- 8 Jahr,
- 9 • die Landesgeschäftsstelle organisiert in Zusammenarbeit mit der AG Mitglieder
- 10 und dem jeweiligen Kreisvorstand jährliche Auswertungen mit den Kreisverbänden
- 11 über die Mitgliederentwicklung vor Ort in den Kreisen,
- 12 • die Landesvorsitzenden erarbeiten in Zusammenarbeit mit der AG Mitglieder ein
- 13 Konzept für ein landesweites und zentralisiertes „Austrittsmanagement“, welches
- 14 eine enge Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden dahingehend sicherstellt,
- 15 • die Landesvorsitzenden erarbeiten, gemeinsam mit der AG Mitglieder, ein Konzept
- 16 zur strategischen Mitgliederbetreuung und -entwicklung und stellen dem
- 17 Landesvorstand die daraus resultierenden Maßnahmen zur Umsetzung vor.

Begründung

Die Partei, DIE LINKE. Thüringen ist mit ihren Gebietsverbänden räumlich und personell strukturell sehr unterschiedlich ausgestattet. Dies hat starke Auswirkungen auf die Bedingungen für eine erfolgreiche politische Arbeit vor Ort, aber auch bei der Organisation und Bewältigung von besonderen Herausforderungen z.B. Wahlkämpfen.

Der inneren Entwicklung und den äußeren Anforderungen an die Partei entsprechend müssen wir Strukturen grundhaft überdenken. Hierfür hat der Landesvorstand bereits mit Beschluss vom xx.xx.2022 über die Erarbeitung eines Konzepts zur Analyse und Verbesserung der Mitgliedergewinnung/-betreuung die Grundlage geschaffen. Der hier vorgelegte Beschlussvorschlag greift die ersten Ergebnisse und Schlussfolgerungen der Analyse auf. Unsere Partei muss verschiedene Formen einer erfolgreichen Mitgliedergewinnung und -betreuung ermöglichen.

Während eine Mehrheit der Gebietsverbände keinen oder nur einen äußerst geringen Mitgliederzuwachs hat, stellen die Stadtverbände Erfurt und Jena mit zwischen 33% bis 45% der

Neumitglieder in Thüringen einen Großteil eben jener dar. Dies führt mittelfristig zu einer einschneidenden Veränderung der quantitativen Mitgliederverteilung in Thüringen. Daraus werden zwangsweise eine rückläufige Verankerung der Partei „Vor Ort“ und eine verschlechterte politische Repräsentation der betroffenen Regionen der Gebietsverbände in unserer Partei folgen.

Durch die zwei landesweiten Neumitgliedertreffen wollen wir die regionale und überregionale Vernetzung und das Kennenlernen der Neumitglieder untereinander fördern. Gleichzeitig sollen diese Wochenendveranstaltung Grundlagen über unsere Partei vermitteln. Das Hauptaugenmerk soll über die „Abendgestaltung“ auf der sozio-kulturellen Ebene liegen.

Mit den jährlich stattfindenden Auswertungen der Landespartei mit den Kreisverbänden, soll ein aktueller und standardisierter Überblick über die jährliche Mitgliederentwicklung erstellt werden. Daraus sollen individuelle Reaktionen der Kreisverbände analytisch vorbereitet und ggf. durch die Landesgeschäftsstelle unterstützt und die AG Mitglieder begleitet werden.

Durch die zentralisierten Austrittsgespräche wollen wir sowohl den Austritt an sich verhindern, aber auch den Grund für den jeweiligen Austritt erfahren. Damit wollen wir den Trend, dass es mehr Eintritte als bewusste Austritte gibt verstärken und die Kreise strukturell stabilisieren.

Antrag A5: Armut bekämpfen, Betroffenen eine Stimme geben – Landesweite Armutskonferenz entwickeln

Antragsteller*in:	Eileen Schindler (Sömmerda), Ulrike Grosse-Röthig (Apolda-Weimar), Karola Stange (Erfurt), Nancy Frind (Behindertenpolitik), Christian Schaft, Lena Saniye Güngör
Status:	in Bearbeitung

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 DIE LINKE. Thüringen wird sich für die Initiierung einer Landesarmutskonferenz in
- 2 Thüringen, angelehnt an die Nationale Armutskonferenz, einsetzen. Zur Einrichtung und
- 3 Umsetzung sollen Gespräche mit Gewerkschaften, Spitzenverbänden der Freien
- 4 Wohlfahrtspflege, Senior*innenverbänden sowie landesweit tätigen Fachverbänden,
- 5 Gremien, dem Thüringer Arbeitslosenparlament und Selbsthilfeorganisationen geführt
- 6 werden. Mit der Einrichtung soll das Thema Armut und deren nachhaltige Bekämpfung
- 7 stärker in den öffentlichen Fokus rücken. Um die Perspektive von Menschen, die von
- 8 Armut betroffen sind auf kommunaler und Landesebene zu stärken, sollen sie über eine
- 9 landesweite Armutskonferenz stärker in politische Entscheidungsprozesse eingebunden
- 10 werden. Die dient dem klaren Ziel mit aller Anstrengung auch in Thüringen Armut
- 11 weiterhin zu bekämpfen.

Begründung

Armut ist auch in Thüringen ein Problem. Auch wenn die Quote der Bezieh*innen von Hartz-IV in den letzten Jahren gesunken ist, liegt die Armutsquote laut Armutsbericht der Parität in Thüringen bei 17,7% und damit oberhalb des Bundesdurchschnitts. Neben erwerbslosen Menschen sind auch Menschen mit prekärer Beschäftigung insbesondere im Niedriglohnbereich von Armut betroffen. Wie auch bundesweit kommt auch in Thüringen der wachsende Wohlstand der Gesellschaft nicht bei denen an, die eine Unterstützung dringend nötig hätten. Wohlstand und Reichtum sind ungleich verteilt. Kinder und Alleinerziehende sind in gravierendem Maße von Armut betroffen oder bedroht. Dass die Menschen in Armut eine starke Stimme in der politischen und gesellschaftlichen Debatte brauchen, hat nicht zuletzt unser Bundespräsidentenkandidat Gerhard Trabert deutlich gemacht. Er selbst ist Sprecher der Landesarmutskonferenz in Rheinland-Pfalz. Mit einer solchen Konferenz würde nicht nur das Thema eine breitere Öffentlichkeit erfahren, es würde vor allem auch Betroffene darin bestärken, sich politisch zu betätigen und ihre politische und soziale Teilhabe stärken. Eine solche Landesarmutskonferenz könnte die Arbeit des Thüringer Landtags und die Maßnahmen der Landesregierung zur Bekämpfung von Armut und Armutsprävention begleiten und durch Empfehlungen, Stellungnahmen unterstützen und die Beteiligung an den Entscheidungsprozessen auf Landesebene stärken. Bei der Entwicklung der Landesarmutskonferenz wollen wir auch auf die langjährigen Erfahrungen Vereinen wie TALISA e.V. (Thüringer Arbeitsloseninitiative - Soziale Arbeit e.V.) oder dem Thüringer Arbeitslosenparlament sowie weiteren Organisationen, Einrichtungen und Institutionen aufbauen und über Modelle zur

Schaffung der landesweiten Armutskonferenz beraten, um Doppelstrukturen zu vermeiden.

Antrag A6: Hauptamtliche Regionalmitarbeiter*innen

Antragsteller*in:	André Eckardt (Gera), Max Streckhardt (Gera), Lea Michel (Gera), Leon Walter (Linksjugend [solid]), André Clauß (Erfurt), Judith Schäffer (Jena), Nicolas Bethe (Jena)
Status:	in Bearbeitung

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesverband Thüringen schafft für jede Region mindestens eine hauptamtliche
- 2 Vollzeitstelle für eine/n regionale/n Mitarbeiter*innen. Als Definition für den
- 3 Begriff „Region“ könnten die Gebiete der Bundestagswahlkreise dienen. Um eine
- 4 möglichst hohe Effizienz zu erreichen, muss eine konkrete Stellenbeschreibung
- 5 erstellt werden.

Begründung

Wenn uns der Ausgang der vergangenen Bundestagswahl eine Sache deutlich vor Augen geführt hat, dann die, dass wir personell weit über unsere Grenzen hinaus gegangen sind und dies größtenteils durch ehrenamtliches Engagement vieler Mitglieder*innen.

Um diese im Ehrenamt erbrachte gute Parteiarbeit in so intensiver Form auch weiterhin überhaupt möglich zu machen, können wir auf eine/n regionalen Mitarbeiter*innen, nicht mehr verzichten! Im Moment haben wir noch die Ressourcen, wenn wir diese jetzt nicht nutzen, wird es eng, um erneut ein so gutes Wahlergebnis zur Landtagswahl einzufahren. Ferner dürfen wir auch die anstehenden Kommunalwahlen nicht vernachlässigen. Ein/e Regionalmitarbeiter*innen trägt hier signifikant zur Steigerung der Anbindung von Genoss*innen an der Basis bei.

Mitglieder*innen werden hier umfangreich mit Informationen über laufende politische Prozesse auf allen Ebenen versorgt. Ebenfalls stärkt die Stelle die Verbindung zwischen den KV, Gewerkschaften und Vereinen und koordiniert somit die Zusammenarbeit, mit dem Ziel, die politische Wirkung nach außen zu steigern und Organisation und Abläufe erheblich zu verbessern.

Wir dürfen nicht mehr darauf warten, dass Menschen zu uns kommen, oder vor verschlossenen Türen stehen, weil das Büro nicht besetzt ist! Um die Finanzierung zu decken schlagen wir folgendes vor: Die Schaffung einer Stelle in Vollzeitbeschäftigung.

Hierfür ist es notwendig, mindestens 10% des Beitragsanteiles an den Landesverband direkt zu verwenden, um die Stelle zu bezahlen, da KV selbst kein Personal einstellen können. Eine andere Möglichkeit wäre natürlich, mit einer maximalen Auslastung zu arbeiten, d.h.: ab einer bestimmten Mitgliederzahl des KV oder SV, kann beim Landesverband ein/e Mitarbeiter*innen beantragt werden. So wäre z.B. bei der Hälfte dieses Wertes, die Schaffung einer Stelle in Teilzeit möglich. Wenn ein SV oder KV die anfallenden Aufgaben dennoch ehrenamtlich stemmen kann, sollte ebenfalls eine entsprechende Rückvergütung stattfinden. Dies motiviert und entlastet zugleich. Wir bitten den Parteitag hierüber abstimmen zu lassen und den Antrag als Arbeitsauftrag an den Landesvorstand weiter zu geben.

Antrag A7: Mehr Straßenbahnen & E-Busse für unsere Kommunen!

Antragsteller*in:	Julian Degen (Erfurt), Gudrun Lukin, Matthias Bärwolff, Andreas Schubert (Gera)
Status:	in Bearbeitung

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 DIE LINKE. Thüringen fordert die Landesregierung dazu auf, für die Anschaffung von
- 2 Straßenbahnen eine Förderquote mit mindestens 75% ab dem Jahre 2023 zu ermöglichen.
- 3 Ebenso soll der Kauf neuer Elektrobusse sowie saubere Linienbusse (Umsetzung der
- 4 Clean Vehicles Direktive) entscheidend gefördert werden.

Begründung

Die öffentlichen Nahverkehrsmittel in den Kommunen und damit vor allem Straßenbahnen und Busse sind zentraler Bestandteil, die dringend benötigte Verkehrswende in Thüringen voranzubringen. Zurzeit werden zum Beispiel Straßenbahnen mit etwa 50% der Anschaffungskosten vom Land gefördert. Das reicht künftig nicht aus, den Status Quo zu sichern, eine Erweiterung des Angebots wird nicht realisierbar. Stadtwerke und Kommunen können es mit dem o.g. Fördersatz nicht stemmen. Deshalb brauchen wir eine Förderquote von mindestens 75%.

Wenn EU, Bund und Land die Förderung für die Anschaffung von Straßenbahnen und E-Bussen erhöhen, wird es realistischer, das erhöhte Verkehrsaufkommen vor allem in den Städten zu bewältigen, die Schadstoffbelastung, den ländlichen Raum besser anzubinden, aber auch den Autoverkehr zu reduzieren. Der Austausch eines Dieselmotors älteren Typs ermöglicht eine Verringerung des Schadstoffausstoßes, der dem von rund 60 PKW entspricht.